



Freerk Huisken

Nachtrag zum Sarrazin-Streit:

„Birlik ve hak ve hüriyet...“

So lautet die erste Zeile der deutschen Nationalhymne auf türkisch. MdB Ströbele von den Grünen war es, der in einer Talkshow zum Thema Sarrazin den bahnbrechenden Vorschlag unterbreitet hat, den Türken die Integration zu erleichtern, indem man ihnen erlaubt, das „Einigkeit und Recht und Freiheit...“ auf türkisch zu intonieren. Noch einen Schritt weiter ging in derselben Sendung A. Kilicarslan vom Vorstand des Türkisch-Islamischen Verbands Ditib mit ihrer Integrationsdefinition: „Integration bedeutet, dass man sich in einer Gesellschaft wohl fühlt“, verkündete sie wohlgenut in „hart aber fair“. Dabei ist gerade diese Gefühlslage „unserer ausländischen Mitbewohner“ der allgegenwärtige und vom Moderator Pläßberg eindeutig ins Bild gesetzte Stein des Anstoßes: Straßenzüge in Duisburg oder Berlin-Kreuzberg mit türkischen bzw. arabischen Reisebüros, Gemüseläden, Apotheken und Rechtsanwälten, Wohngebiete also in denen sich Menschen aus türkischem bzw. arabischem Sprach- und Kulturraum in etwa „wie zu Hause“, mithin nicht eben drangsaliert fühlen, stehen für das *Unwohlsein deutscher Politik* und Stammtische.

Als „Parallelgesellschaft“ wird jenes Szenario gebrandmarkt, das deutsche Urlauber im Ausland zu so manchem pittoresken Schnappschuss bewegt. Integration - der politische Auftrag, dem sich bundesdeutsche Regierungen verschrieben haben, nachdem der Befund nicht mehr haltbar war, dass Deutschland kein „Einwanderungsland“ ist - bedeutet folglich nach offizieller Lesart, dass sich nicht etwa ausländische Menschen und solche mit Migrationshintergrund hierzulande wohl fühlen dürfen, sondern sich vielmehr so zu verhalten haben, dass sich die *politischen Sachwalter* des demokratischen Gemeinwesens dabei einigermaßen *wohl fühlen*. Dass sich Angehörige des Fremdvolks nach ihrer Fassung im autochtonen deutschen Mehrheitsvolk breit machen, das gilt es – wieder einmal – unbedingt zu verhindern. Was mit denen zu geschehen hat, die diesem, letztlich nur bedingt zu genügenden Anspruch nicht nachkommen, ist im politischen Integrationsverfahren unmissverständlich festgelegt. Sagen wir es so: Die haben sich nach höflicher Aufforderung vom deutsch-nationalen Kulturraum zu verabschieden – egal, was sie in ihrer „angestammten Heimat“, der sie wohl nicht aus Jux und Dollerei den Rücken gekehrt haben, erwartet.

Eindeutschung

Der politische und mit eindeutiger Alternative kombinierte Integrationsauftrag hat es in sich: Mit erklärter Bereitschaft zur Integrationswilligkeit können Migranten diesen Auftrag gar nicht erfüllen. Sie

sollen vielmehr Beweise erbringen, die einer Quadratur des Zirkels ähneln. Im letzten haben sie nachzuweisen, dass ihnen, den zugereisten oder hier bereits geborenen Ausländern das Deutschtum in Fleisch und Blut übergegangen ist. Nur tun und lassen, was sich hier gehört und was auch die deutschen Mitmenschen so treiben, das reicht nicht. Als fremdstämmiges Volk im deutschen Volkskörper haben sie auch dann keine Existenzberechtigung, wenn sie sich ordentlich um Arbeit bemühen, Steuern und Abgaben zahlen, einkaufen und sparen, der Schulpflicht und anderen Vorschriften genügen, dem Gesetz gehorchen und brav bei den Sozialbehörden vorsprechen, wenn ihnen einmal wieder ein Arbeitsloser mit deutschem Pass die offene Stelle vor der Nase weggeschnappt hat. Sie sind und bleiben eben – *Ausländer*.



©Foto: Stephanie Hofschlaeger/www.pixelio.de

Dabei handelt es sich um eine wenig vergnügliche Eigenschaft, die sie sich übrigens wie ihre originaldeutschen Mitmenschen gar nicht selbst ausgesucht haben. Sie ist ihnen vielmehr von der jeweils zuständigen Staatsgewalt mit Stempel und Eintrag ins Bevölkerungsregister verpasst worden, nicht ohne dass dies von ihr zugleich mit einigen Klarstellungen verbunden ist: Als Inländer ist man damit alternativlos auf jenes politi-

sche, ökonomische, soziale und Rechts-System verpflichtet, in das man „hinein geboren“ ist. Und damit dieses verpflichtende Rekrutierungsverfahren, mit dem sich nun einmal jede Herrschaft ihr Volk sichert – damit es nicht, wie Sarrazin betont hat, durch gebärfreudige Ausländer überfremdet wird -, von den Volksgenossen als Akt staatlicher Umsorgung und Stiftung von Heimat gewürdigt wird, werden die Inländer im Laufe ihrer nationalstaatlichen Integration nicht nur mit Rechten und Pflichten ausgestattet, sondern auch mit einer Fülle von Urteilen über das Gemeinwesen, in welchem sie nun ihr Glück suchen. Dass sie dies *dürfen*, ist schon eines und nicht das unwesentlichste. Wenngleich die Absurdität schon auffallen könnte, dass es in diesem „Freiheitsstall“ (Heine) offenkundig der *Erlaubnis* durch eine *Staatsgewalt* bedarf, um das zu tun, was sich jedermann ganz von sich aus zum Ziel setzt.

Sei's drum. Es ist das Ideal des fertigen, der mehr oder weniger demokratisch organisierten Obrigkeit zugetanen und sich seiner sogenannten deutschen Identität selbstverständlich sicheren Inländers, die den Maßstab für die Integration der Ausländer bildet. Es soll der Inländer sich als Teil des Volks fühlen und verhalten, also nur noch Deutsche und weder Klassen noch Parteien kennen. Das möchte die Obrigkeit an seinem eingeborenen Menschenmaterial schon durchgesetzt haben, dass es sich die mittels

staatlicher Hoheit hergestellte Volkszugehörigkeit schon als seine Eigenschaft und damit den Rekrutierungsakt als Aufnahme in sein "einig Volk von Brüdern" zurechnet. Und diesem Ideal kommt ein Ausländer eben deshalb so schlecht nach, weil er von den hiesigen Behörden als Mensch einsortiert ist, der zwar all jene Eigenschaften aufweist, die am Inländer hergestellt und geschätzt werden – nur eben als Verpflichtung auf die falsche, weil fremde bis feindliche Herrschaft. Das macht ihn bei der politischen Verwaltern des Einwanderungsland sehr *prinzipiell verdächtig*, die es nicht interessiert, was ansonsten für ein Wesen aus welchen Gründen bei ihnen anklopft.

Deutschsprech als Wert

Deshalb liegt MdB Ströbele mit seinem durchaus ernst gemeinten Vorschlag neben der Sache, zwecks Umgehung von Sprachbarrieren bei der Identitätsassimilation die deutsche Hymne zu übersetzen. Dann versteht das ein türkisch sprechender Zeitgenosse sicherlich besser. Doch Sprache ist für die politischen Hüter der deutschen Leitkultur

eben nicht nur Medium und Kommunikationsinstrument. Sie gilt selbst als deutscher Wert und wird als solcher behandelt. Welches Idiom als Amtssprache festgelegt ist, das entscheidet hierzulande eben darüber, wer *dazu gehört*. Als Deutscher versteht man sich, gerade im Ausland, wo die sofort erkannte Zugehörigkeit zur gleichen Sprachgemeinschaft weit höher geschätzt wird als der Inhalt, der da in deutscher Sprache gerade ausgedrückt wird. Anderssprachige gehören nicht dazu, sind eben anders oder fremd, wie dieser Nationalismus verharmlosend

ausgedrückt wird. Und wenn diese „anderen“ in Deutschland so reden, dass „wir“ sie nicht verstehen, dann wollen sie „uns“ etwas verheimlichen – als ob man immer alles verfolgen möchte, was auf deutsch verzapft wird. Das tut aber nichts zur Sache. Denn bei den „Fremden“ greift die Verdachtshaltung schon fast automatisch: Aus der *Unfähigkeit* deutsch zu sprechen, wird auf den *Unwillen* geschlossen sich zu integrieren. Deshalb gibt es auch Schulen, die für ihre Schulhöfe ein Deutschsprechgebot erlassen! Ströbele, merken Sie es sich: Es kommt nicht auf (Volks-)Einigkeit und (Staats-)Recht und (lizenzierte) Freiheit an, sondern darauf, dass dies deutsch geschmettert wird.



©Foto: knipseline/www.pixelio.de

Migrationshintergrund

Eine erfolgreiche Absolvierung des von Prüfungswahn gekennzeichneten Integrationsverfahren macht aus zugereisten Türken keine Inländer, sondern bekanntlich *Inländer mit Migrationshintergrund*. Mit dieser Kategorisierung, mit der selbst im Verfahren der *Aufhebung* der Sortierung nach In- und Ausländern noch an dieser brisanten und in letzter Instanz recht mörderischen *Menschensortierung* festgehal-

ten wird, hat der Neubürger einen neuen Rucksack aufgebürdet bekommen. Der ist mit neuem Verdacht gefüllt; mit dem Verdacht, dass eine nachträgliche Eindeutschung eben doch nicht den geborenen Volksdeutschen ersetzt. Und praktisch wird dieser Verdacht z.B. dann, wenn diese Integrationsabsolventen kritisch werden. Wenn sie, wie ihre originaldeutschen Angehörigen auch, über Hartz-IV meckern, d.h. über eine trostlose Lebenslage, in die sie die Erfolge deutscher Standortpolitik versetzt haben, dann stellt der eingeborene Volksmund fest, dass sie doch, wenn „es ihnen hier nicht passt“, wieder nach Hause gehen mögen. Eine Stufe radikaler wird am Verdacht festgehalten, wenn es sich denn begibt, dass die eine gegen die andere Heimat in den Krieg zieht, sprich: wie üblich sich jede gegen die andere nur verteidigt. Dann steht für die Inländer mit Migrationshintergrund schon mal die Kasernierung an, um sie als potentiell 5.Kolonie des Feindes aus dem Verkehr zu ziehen – wie das die kriegführenden Mächte im 2. Weltkrieg ausgiebig vorgeführt haben.

Die öffentliche Debatte über das Sarrazin-Interview hat es an wohl abgestimmter Kritik und harter Zurückweisung, an mildem Verweis und scharfem Tadel, an Einwänden und Ablehnung nicht fehlen lassen. Doch in einem waren sich *alle* Teilnehmer dieser Auseinandersetzung – den Verfasser des inkriminierten Interviews eingeschlossen – einig: *Integrationspolitik muss sein*. Mehr noch: Müsste man nicht recht eigentlich dem Bankvorstandsmitglied dankbar dafür sein, hieß es, dass er die Frage neu auf die Tagesordnung gesetzt hat, wie mit denen zu verfahren ist, die „unsere Volksgemeinschaft überfremden“. Muss man, schallt es zurück.

Vielleicht fällt dabei dem einen oder anderen Inländer einmal auf, dass die unumwunden vorgestellten Maßstäbe nationaler Integrationspolitik immer zugleich ausplaudern, dass hiesige Herrschaft von *Inländern* ganz *selbstverständlich* erwartet, was sie an *Ausländern* mit erheblichen Aufwand und nie ganz zufriedenstellendem Resultat *herstellen* will: Freiwilligen Dienst an und offenes Bekenntnis zu Schwarzrotgold, kurz: den *Wesensdeutschen*.



Über den Autor:

*Freerk Huiskens, Dr., *1941, studierte in Oldenburg Pädagogik und arbeitete bis 1967 als Lehrer. Anschließend Studium der Pädagogik, Politik und Psychologie in Erlangen-Nürnberg. Von 1971 an Professur an der Universität Bremen: Politische Ökonomie des Bildungssektors. Seit März 2006 im Ruhestand.*

Kontakt:

www.fhuiskens.de
huisken@online.de

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag
Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht
www.magazin-auswege.de
auswege@gmail.com